

Die EZB erhöht ihren Leitzins im Euro-Raum auf 2,5 Prozent

Inflation ohne Ende

Mit „länger andauernder Inflation“ rechtfertigt die EZB ihre Zinspolitik. Nach den Fehlschlägen von länger andauernder Nullzinsphase und vorübergehender Inflation stehen die Chancen gut, dass die Kaffeesatzleser in Frankfurt diesmal richtigliegen – aber die EZB kann gegen die Geldentwertung nicht viel tun. Auch wenn sie glaubt, die zweite Leitzinserhöhung in diesem Jahr auf 2,5 Prozent könne die Inflation bis Ende 2027 auf das Ziel von 2,0 von 3,3 Prozent im August reduzieren. Kurse von Zinsderivaten berechnen schon eine dritte Zinserhöhung noch in diesem Jahr sowie eine weitere im ersten Quartal 2027 ein. Seit der Entscheidung ist die in Derivatkursen enthaltene Wahrscheinlichkeit einer Erhöhung schon im Oktober von 50 auf 70 Prozent gestiegen, was an der Entwicklung im Horus-Konflikt liegen dürfte.

Immerhin ist das weniger dramatisch als in den USA, wo Zinsderivate ganze vier Zinserhöhungen bis Juli 2027 in den Kursen einberechnen. EZB-Präsidentin Christine Lagarde selbst kommentierte Fragen nach weiteren Zinsschritten nicht. Der Chef der irischen Zentralbank, Gabriel Makhlouf, hatte sich hingegen vor der EZB-Entscheidung öffentlich Gedanken dazu gemacht. 2,5 Prozent Zinsen seien nicht restriktiv angesichts einer Inflation von drei Prozent, Tendenz steigend, und starken Wachstums, das zuletzt sogar beim Bremsklotz Deutschland passabel ausfiel. Die EZB solle aber bereit sein, in restriktives Territorium vorzurücken. Bundesbankpräsident Joachim Nagel sprach am Tag nach der Zinserhöhung von einem für längere Zeit restriktiven Zinsniveau.

Verbindet man dies mit Lagardes Warnung vor länger andauernder Inflation, könnten auch bei der EZB mehr als die in den Kursen ein-

berechneten Zinserhöhungen anstehen. Fraglich ist, zu welchem Grad Zinserhöhungen in kleinen Schritten gegen Inflation wirksam sein werden. Wie beim Inflationsschub nach Corona treiben Verwerfungen auf der Angebotsseite die Kosten. Niedrigwasserbedingte mangelnde Passierbarkeit von Donau und Rhein waren temporäre Ursachen. Das Energiekostenproblem durch Huthi-, Iran- und Ukrainekrieg wird durch höhere Zinsen nicht gelöst.

Die Zinsen müssten also so restriktiv werden, dass sie die Nachfrage nach Energie drosseln – keine wünschenswerte Perspektive. Zu allem Überfluss droht noch mehr Ungemach. Preise für Lebensmittel sind laut Lagarde stabil, doch sie schaut auf Preise der Vergangenheit. Hohe Dieselpreise werden mit Verzug durchschlagen, aber die Wetterkapriolen von El Niño stehen vor der Tür, die erfahrungsge- mäÙ Ernten von Südamerika über Australien bis Südostasien beeinträchtigen. In diesem Jahr kommt noch die Trockenheit in diesem Sommer in Nordamerika dazu.

Seit Juli haben Kurse von Weizen, Mais und Zucker auf den Terminmärkten in Nordamerika stark angezogen. Bedenklich ist es noch nicht, sie liegen immer noch unter den Höchstwerten von 2024. Setzt sich der Trend fort, gehören stabile Lebensmittelpreise der Vergangenheit an. Inflationssorgen wachsen jedenfalls in den Zinsen langfristiger Anleihen, die nicht von der EZB, sondern von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. 3,5 Prozent Zinsen muss Finanzminister Lars Klingbeil aktuell für zehnjährige Anleihen zahlen, fast ein Prozent mehr als im Oktober 2025. Sein französischer Kollege Roland Lescure liegt nochmals knapp ein Prozent höher. Auf alle OECD-Staaten gerechnet summiert sich die staatliche Zinsrechnung inzwischen auf zwei Billionen Dollar pro Jahr.



von
Thomas Kirchner

„3,5 Prozent Zinsen muss Finanzminister Lars Klingbeil aktuell für zehnjährige Anleihen zahlen.“

Bundesregierung will digitale Bezahlmöglichkeiten erzwingen

Nichtstun wäre besser

Von **Reiner Osbild**

Die Bundesregierung will alle Geschäfte zwingen, digitale Zahlungen anzubieten. Lars Klingbeil begründet das mit der Wahlfreiheit der Konsumenten und der leichteren Verfolgung von Steuerdelikten. In einer Zeit überbordender Bürokratie fragt man zu Recht, ob es hier eines gesetzlichen Zwangs bedarf. Denn wenn ein Käufer nicht digital bezahlen kann, dann wird er den Laden wechseln und der „nichtdigitale“ Kioskbesitzer wird mit Umsatzeinbußen bestraft – ein klassischer Marktmechanismus. Und warum sollte jemand zu seinem Glück gezwungen werden müssen?

Wäre das nur eine weitere Variante des Nanny-Staates, könnte man noch schmunzelnd zur Tagesordnung übergehen. Doch leider ist zu vermuten, dass sich die Regel letztlich gegen das Bargeld richtet. Denn ist pflichtgemäß die Option der elektronischen Zahlung überall etabliert, so kann sie bald auch zur Pflicht gemacht und Barzahlung verboten werden. Dann wäre auch die zweite Begründung, die Steuerhinterziehung zu ahnden, viel wirkungsvoller umzusetzen. Man mag einwenden, dass die Bundesregierung beteuert hat, am Bargeld festhalten zu wollen. Dies muss bezweifelt werden. Denn Deutsch-

land ist über das Bundesentwicklungsministerium Partner und Sponsor der „Better Than Cash Alliance“, einem Bündnis aus Mastercard, der Gates-Stiftung und anderen Philanthropen. Dass die Protagonisten dieser UN-Initiative an einer echten Wahlfreiheit und damit am Erhalt des Bargelds interessiert sind, kann man mit guten Gründen in Abrede stellen.

Die Bundesregierung ist mitnichten an der Ausweitung der Freiheit interessiert. Die Kehrseite der Medaille überbordender Bürokratie ist ein neurotisches obrigkeitstaatliches Kontrollbedürfnis, dem der marktwirtschaftliche Ansatz der Vertragsfreiheit diametral entgegensteht. Risiken können, privatrechtlich, über Versicherungsmärkte abgedefert werden. Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung steht jetzt schon ein Heer von Steuerfahndungsbeamten bereit. Würde etwa eine Tabaksteuer nicht dadurch verkompliziert, dass zwischen Zigaretten, Zigarrillos, erhitztem Tabak, Pfeifentabak, Wasserpfeifentabak, Feinschnitt und Substituten wie der e-Zigarette unterschieden wird, könnten sich die Behörden verstärkt großangelegten Betrugsmaschinen wie den Cum-ex-Geschäften widmen – wer kann sich erinnern?



EU-Ratspräsident António Costa bei der Pressekonferenz mit Friedrich Merz im Bundeskanzleramt: „Realismus braucht es auch bei der gemeinsamen Verschuldung, denn übermäßige Verschuldung bedroht unsere Souveränität und Handlungsfähigkeit.“

Ein Drittel lässt sich kürzen

EU-Haushaltsstreit: Statt Verpulvern sollte 2028 bis 2034 der Sparzwang dominieren

DIRK MEYER

Eine Einigung ist schwierig. Der Vorschlag der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 bis 2034 in Höhe fast zwei Billionen Euro ist den „sparsamen Sechs“ (Deutschland, Österreich, Niederlande, Schweden, Dänemark und Finnland) „um mehrere hundert Milliarden Euro“ zu groß. Friedrich Merz bekräftigte diese Haltung auch beim Besuch von António Costa, seit 2024 Präsident des Europäischen Rates, im Berliner Kanzleramt: „In Zeiten der Haushaltseinsparungen in allen Mitgliedstaaten ist das schlicht nicht bezahlbar.“

Der geplante MFR übersteigt den MFR 2021 bis 2027 um 760 Milliarden Euro, was laut Merz „einen Aufwuchs um 60 Prozent“ und inflationsbereinigt einen realen Zuwachs von 38 Prozent ausmacht. Der Anstieg entspricht der Größenordnung des Corona-Fonds NGEU in Höhe von 807 Milliarden Euro, der 2021 als einmalige Ausnahme eines vollständig kreditfinanzierten Nebenhaushaltes verkauft wurde. Doch erneut gerät die Ausnahme zur Regel. Denn der Vorschlag enthält zusätzlich drei Kreditfonds in Höhe von 645 Milliarden Euro (32 Prozent des MFR) „auf Vorrat“ – ein Kriseninstrument, eine weitere Ukraine-Reserve sowie zusätzliche nationale Aufbauhilfen.

Insgesamt summieren sich die Kredite und Rettungsschirme bei voller Ausschöpfung der neun Kreditermächtigungen bis 2034 auf 1.555 Milliarden Euro, wobei geplante Tilgungen im Umfang von 351 Milliarden Euro bereits berücksichtigt sind (JF 36/26). Das hätte mittelfristig Auswirkungen auf den Handlungsspielraum der EU, denn der etatrelevante Schuldendienst steigt von 2,8 Prozent des jetzigen MFR-Volumens über knapp zwölf Prozent 2028 bis 2034 auf dann wohl über 20 Prozent. Den „Sparsamen“ stehen 16 „Freunde

der Kohäsionspolitik“ entgegen, unter anderem Griechenland, Polen, Rumänien und Spanien. Sie sperren sich nicht nur gegen die neuen Prioritäten (weniger Mittel für Agrar- und Regionalförderung, mehr für Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit und Migration), sondern fordern wie das zustimmungspflichtige EU-Parlament sogar eine weitere Aufstockung. Die für den MFR-Beschluss notwendige Einstimmigkeit im Rat liegt also in weiter Ferne.

Doch ökonomische Zwänge setzen Grenzen. So warnt der Bundesrechnungshof (BRH) angesichts der zu 32 Prozent auf Kredit finanzierten Ausgaben des Bundes 2027 vor einer nationalen Schuldenfalle: Eine steigende Verschuldung (2030 etwa drei Billionen Euro) führt bei geringem Wirtschaftswachstum zu einem Anstieg der Schuldenquote von derzeit 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf dann 75 Prozent (IWF-Prognose). Aufgrund eines bis 2030 verdoppelten Anteils der Zinsausgaben am Haushalt sinken die Handlungsspielräume, was zu weiterer Verschuldung führen dürfte. Damit, so der BRH, wäre das AAA-Rating Deutschlands in Gefahr, was Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit der EU und anderer Mitgliedstaaten hätte.

Die EU-Kommission würde Steuerungsmacht verlieren

Ein Störfeuer aus Frankreich kam vom linken Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon mit der Forderung, die Banque de France möge einfach die französischen Staatsanleihen aus ihren Büchern streichen – was einem Vertragsbruch (Art. 123 AEUV) hinsichtlich des Verbots der monetären Staatsfinanzierung gleichkommt und den hohen Zinsaufschlag für französische Staatsanleihen weiter befördern könnte.

Einsparungen sind unumgänglich – doch wie die Interessen unter einen Hut bringen? Eine Studie der Uni Hamburg und der Helmut-Schmidt-Univer-

i „Wir haben die Aufgabe, Prioritäten zu setzen“

Im Streit um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 bis 2034 ist keine Einigung in Sicht. Sechs Nettozahlerländer finanzierten „gemeinsam rund 40 Prozent des Haushalts der Europäischen Union und sogar 70 Prozent der bilateralen Ukrainehilfe“, erklärte Friedrich Merz am 9. September. „Unsere Botschaft war und ist, dass es in Europa Realismus bei der Finanzierbarkeit und Reformen zugleich braucht“, so der Bundeskanzler, denn „am Ende bezahlen immer die europäischen Steuerzahler das Budget“. Die Kürzungen um mehrere hundert Milliarden Euro müssten alle Bereiche betref-

fen. „Realismus braucht es auch bei der gemeinsamen Verschuldung, denn übermäßige Verschuldung bedroht unsere Souveränität und Handlungsfähigkeit. Wir haben daher die – ja, zugegeben – schmerzhafteste Aufgabe, Prioritäten zu setzen, und dem können wir uns nicht durch neue europäische Schulden entziehen“, erläuterte Merz. Im neuen MFR müsse „unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Verteidigungsfähigkeit im Vordergrund“ stehen. (fis)

► www.consilium.europa.eu/de/policies/the-eu-s-long-term-budget-2028-2034

sität zeigt eine konsensfähige Lösung auf. Ansatzpunkt sind die Kohäsionsmittel, mit denen die EU gemäß den EU-Verträgen die Ziele eines Abbaus wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte zwischen den EU-Regionen verfolgt. Im neuen MFR nehmen sie mit 1.062 Milliarden Euro etwa 54 Prozent der MFR-Gesamtausgaben ein. Von diesen Mitteln profitieren alle, typischerweise jedoch die strukturschwachen Länder überproportional im Verhältnis zu den von ihnen an den EU-Haushalt geleisteten Zahlungen. Es findet eine erhebliche Umverteilung statt, die politisch gewollt ist.

Allerdings gehen damit auch Fehlanreize einher, da die Förderung zwischen 40 und 85 Prozent der förderfähigen Kosten beträgt – mithin die Staaten bei einem Eigenanteil von 15 bis 60 Prozent manche Maßnahme durchführen, auf die sie bei hundertprozentiger Selbstfinanzierung verzichten würden. Ein unwirtschaftlicher Mitteleinsatz – Verschwendung – ist die Folge, was empirische Untersuchungen belegen. Zudem hat jeder Mitgliedstaat bessere Kenntnisse über die Mängel seiner Wirtschaftsstruktur und die Notwendigkeit und Art ihrer Behebung. Außerdem würden bei der EU Verwaltungskosten eingespart werden.

Die Studienautoren schlagen deshalb vor, die Kohäsionspolitik auf jenen Teil der Mittel zu beschränken, der eine Umverteilung von Finanzmitteln zwischen den Mitgliedsstaaten bewirkt. Dieses Konzept würde am Ausmaß der Umverteilung nicht rütteln, allerdings auf die Ineffizienzen von Verausgabungen „linke Tasche, rechte Tasche“ verzichten. Überträgt man die Daten der aktuellen Kohäsions-/Strukturförderung auf den neuen EU-Haushalt, so würden von den geplanten 1.062 Milliarden Euro lediglich 388 Milliarden Euro (36,5 Prozent) als reine Kohäsionsmittel übrigbleiben. Damit könnte der neue MFR ausgabenseitig um 674 Milliarden Euro (34 Prozent) auf einen Schlag gemindert werden.

Statt 1.985 Milliarden Euro würde der Haushalt auf 1.311 Milliarden Euro reduziert. Zugleich würde die Umverteilung zugunsten der „Freunde der Kohäsionspolitik“ in gleichem Umfang bestehen bleiben. Nur die EU-Kommission würde als Haushälter und Programmadministrator Steuerungsmacht verlieren – ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips (Art. 5 Abs. 3 EUV). Parallel würde die Beitragslast der Staaten sinken können, so dass mit den freiwerdenden Mitteln eigene Programme finanziert werden könnten. Insofern würden hierdurch zwar keine EU-Schulden reduziert. Allenfalls könnten sich die Mitgliedstaaten bereit erklären, die erzielten Effizienzgewinne von geschätzt 20 Prozent zur EU-Schuldentilgung bereitzustellen. Dann wäre immerhin eine Sondertilgung in Höhe von 135 Milliarden Euro möglich.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



Mutter's
Bester Tropfen
Ein Kräuterbitter

...nach alter Familienrezeptur hergestellt.

Sie kennen ihn noch nicht? Gegen Einsendung dieser Anzeige zusammen mit Briefmarken im Wert von 2,70 € (Waresendung) erhalten Sie einmalig eine 0,04 l **Gratisprobe** (JF)

Mutter & Sohn
Postfach 3232
55022 Mainz
Tel (0 61 31) 33 46 60
Fax (0 61 31) 99 39 09
www.mutters-bester-tropfen.de

Werbung in der JF

Für **570 Euro** drucken wir hier, was Sie wollen.

Egal, wie *klein* Ihre Anzeige ist: In der JF erreichen Sie immer eine große und hochgebildete Leserschaft.

Ihr Ansprechpartner: CARSTEN BECK
E-Mail: beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon: 030 / 86 49 53-67

JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Jetzt diese Anzeige zum Aktionspreis sichern: nur **570 Euro!**



IHR LEBEN LIEGT IN IHREN HÄNDEN
SPENDENKONTO: 888 5 200, BLZ: 700 205 00
WWW.PROWILDLIFE.DE

PRO WILDLIFE



DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ

WENN WIR SIE NICHT STÜTZEN, BRECHEN GANZE EPOCHEN ZUSAMMEN.

Denkmale sind WERT-voll für uns alle. Mit Ihrer Hilfe können wir sie erhalten.

QR Code

Danke für Ihre Spende!

www.denkmalschutz.de/spenden